

TOP 22

Gremium	Termin	Status
Stadtrat	29.06.2020	nicht öffentlich

Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat; Prüfauftrag für eine kommunale Anti-Diskriminierungsstelle

Vorlage Nr.: 20201830



Stadtratsfraktion Ludwigshafen

Monika Kleinschnitger · Fraktionsvorsitzende
Hans-Uwe Daumann · Fraktionsvorsitzender
Heike Hess · Stellv. Fraktionsvorsitzende
Ibrahim Yetkin · Stellv. Fraktionsvorsitzender
Gisela Witt
Georg Vassiliadis
Fraktionsbüro
Rathausplatz 10
67059 Ludwigshafen
Telefon 0621-52 30 23
Telefax 03222-246 420 8
fraktion@gruene-lu.de
www.die-gruenen-im-rat.de

• **DIE GRÜNEN IM RAT** • Rathausplatz 10 • 67059 Ludwigshafen •

An die
Oberbürgermeisterin
Frau Jutta Steinruck
Rathaus Ludwigshafen

67059 Ludwigshafen

Ludwigshafen, den 22.6.2020

Antrag für den Stadtrat am 29.6.2020

Prüfauftrag für eine kommunale Anti-Diskriminierungsstelle

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Jutta Steinruck,
Die Fraktion die Grünen im Rat Ludwigshafen beantragt, dass die Stadtverwaltung prüft, wie eine kommunale Anti-Diskriminierungsstelle eingerichtet und finanziert werden kann.

Zur Begründung:

Ob im Job, beim Einkaufen oder im Urlaub: Die Anti-Diskriminierungsstelle des Bundes stellte in ihrem Jahresbericht für 2019 am 9. Juni 2020 fest, dass Rassismus und Diskriminierung für viele in Deutschland bitterer Alltag ist.

Seit 2006 zielt das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) darauf ab, Diskriminierungen zu verhindern und abzubauen. Wenn Menschen ohne sachlichen Grund wegen bestimmter Merkmale ungleich behandelt oder abgewertet werden, spricht man von Diskriminierung. Solche Merkmale können zum Beispiel die ethnische Herkunft, die Hautfarbe, die Sprache, das Geschlecht, die Religion oder Weltanschauung, eine Behinderung, das Alter oder die sexuelle Identität sein. Die Anti-Diskriminierungsstelle soll Anlaufstelle für alle sein, die sich selbst diskriminiert fühlen sowie für Menschen, die gegen Diskriminierung vorgehen wollen.

Diskriminierung findet lokal statt!

Die Ausgestaltung einer solchen Anlaufstelle kann mit vielfältigen Aufgaben verknüpft sein: als Informationsstelle zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG), als Meldestelle von Diskriminierung, als Stelle, die die Öffentlichkeit für das Recht auf Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung sensibilisiert, die die Entwicklung, Umsetzung und Förderung von Projekten voranbringt oder auch die Vernetzung von Initiativen und Vereinen im Bereich der Antidiskriminierungsarbeit zusammenführt. Hier muss geprüft werden, welche Bereiche bereits in der Stadtverwaltung abgedeckt werden (bspw. durch den Rat für Kriminalitätsverhütung – Arbeitskreise) und wie eine solche Stelle konkret definiert werden kann, um ggf. Bundesprogramme (Antidiskriminierungsstelle des Bundes) oder Netzwerke (Landesdiskriminierungsstelle RLP) auch für strategische und konzeptionelle Überlegungen zu nutzen.

Mit freundlichen Grüßen

Monika Kleinschnitger und Hans-Uwe Daumann, Fraktionsvorsitzende